



104/2007

Kiel, 27. September 2007

„Tag des Flüchtlings“: Aufruf zu fairem Umgang mit Flüchtlingen

Kiel (SHL) *Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein, Wulf Jöhnk, fordert von der schleswig-holsteinischen Landesregierung einen fairen Umgang mit Flüchtlingen.*

Am morgigen Freitag, dem 28. September, wird der von Pro Asyl initiierte *Tag des Flüchtlings* im Rahmen der Interkulturellen Woche begangen. Aus diesem Anlass erinnert der Beauftragte an die Lebensbedingungen der in Schleswig-Holstein lebenden Asylsuchenden und fordert von der Landesregierung deutliche Verbesserungen im Umgang mit dieser Personengruppe. Die Flüchtlinge seien vor einer bedrückenden oder sogar lebensbedrohenden Situation nach Deutschland geflohen, betont Jöhnk. „Daher sollten eine Aufnahme in die Zivilgesellschaft und eine adäquate Behandlung Selbstverständlichkeiten sein.“

Die Landesregierung habe zwar angekündigt, die Landesunterkünfte für Asylsuchende in Lübeck bis Ende 2008 zu schließen und stattdessen in Neumünster ein „Kompetenzzentrum zur Förderung der Rückkehr von ausreisepflichtigen Ausländern“ einzurichten. Jöhnk moniert aber, dass es keine Planungen der Regierung gebe, die Lebensumstände der Asylsuchenden zu verändern. „Wenn die meisten Flüchtlinge nach dem jetzigen Konzept der Landesregierung während der gesamten Zeit des Asylverfahrens in den als Landesunterkünfte dienenden Kasernen leben müssen, sind dringende Verbesserungen unumgänglich.“

Insbesondere kritisiert der Flüchtlingsbeauftragte des Landes, dass die Kinder der Asylsuchenden nicht in allgemein bildenden Regelschulen unterrichtet werden, sondern in sogenannten Sonderklassen auf dem Kasernengelände in Lübeck und in Neumünster. „Es kann nicht angehen“, so Jöhnk, „dass Kinder, die über einen längeren Zeitraum im Land Schleswig-Holstein leben, nicht - wie alle anderen Kinder auch - die städtischen Schulen besuchen

können.“ Momentan dürfen nur wenige der etwa 40 schulpflichtigen Bewohner der Landesunterkünfte die Regelschulen besuchen.

Eine Verteilung der betroffenen Flüchtlinge auf die Kreise und kreisfreien Städte sei derzeit leider nicht durchsetzbar, bedauerte Wulf Jöhnk heute in Kiel. Dann müsse aber wenigstens der Umgang mit den Flüchtlingen und auch deren Wohnsituation gründlich verbessert werden. „Anfangen mit den Sanitäreinrichtungen bis zu den Freizeitangeboten ist da noch viel zu tun,“ so der Ausländerbeauftragte.